

2 Problemlagen in den demografisch herausgeforderten Regionen Ostdeutschlands²²

2.1 Demografische Herausforderungen: Handlungsfelder und Bedarfslagen

Konzentriert man sich auf die prognostizierten Einwohnerentwicklungen in den ostdeutschen Ländern bis 2030, werden regionale Unterschiede in den Raumordnungsregionen (ROR) deutlich: So erwartet die ROR Havelland-Fläming als einzige Region Ostdeutschlands einen positiven Einwohnererwartungstrend von +4,4 Prozent. Sieben der 21 ostdeutschen Raumordnungsregionen werden dagegen voraussichtlich ein Fünftel ihrer Bevölkerung verlieren. Durchschnittlich wird ein Einwohnerrückgang von –14,7 Prozent erwartet. (BBSR 2012: INKAR)

Auf Kreisebene zeigen sich sowohl Schrumpfung als auch Wachstum: In den 86 Kreisen und kreisfreien Städten gibt es ebenso Wachstum (maximales Wachstum: +9,3 Prozent im Kreis Barnim) wie auch starke Schrumpfung (maximale Schrumpfung: –31 Prozent im Kreis Oberspreewald-Lausitz). Anhand dieser beiden Kreise mit der jeweils stärksten Ausprägung der Einwohnerzahlentwicklung lässt sich auch die Strahlkraft von Großstädten nachvollziehen, hier von Berlin und Potsdam: Je weiter die Kreise und kreisfreien Städte von dieser Metropolregion entfernt sind, desto größer ist die prognostizierte Schrumpfung der absoluten Einwohnerzahlen bis 2030. Dies findet sich auch in anderen Regionen Ostdeutschlands: Die Nähe zu verdichteten Räumen dämpft den Einwohnerverlust. (BBSR 2012: INKAR)

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl allein kann jedoch die Folgen des demografischen Wandels nicht hinreichend kenntlich machen. Die Bevölkerungsentwicklung ergibt sich aus drei Komponenten: Fertilität, Mortalität und Mobilität. Diese müssen als zusammenwirkende Ursachen im Detail betrachtet werden. Neben der Schrumpfung in den meisten Kreisen bzw. ROR bewirken sie vor allem eine Alterung der Bevölkerung.

²² Autoren: **Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold** unt. Mitarb. v. Romy Höhne und Sebastian Schneider

2.1.1 Geringe Fertilität

Situation

Betrachtet man die Entwicklung der Fertilitätsrate (Übersicht 13), so zeigt sich seit der Vereinigung in allen ostdeutschen Bundesländern eine weitgehende Stabilisierung auf deutlich abgesenktem Niveau (2011: 1,43 Kinder/Frau). Immerhin aber: Seit 2008 haben die ostdeutschen Länder eine höhere Fertilitätsrate als die westdeutschen (dort 2011: 1,33 Kinder/Frau). Bezogen auf die Gesamtzahl der Geburten pro 1.000 Einwohner wird ein bundesweit ausgeglichenes Verhältnis deutlich: 2010 wurden das erste Mal während des Betrachtungszeitraumes 1995-2011 in den ost- wie in den westdeutschen Bundesländern gleichviel Kinder geboren (8,3 Kinder/1.000 Einwohner). Ein in dieser Betrachtung ausgeglichenes Ost-West-Verhältnis besteht auch 2011; die Rate fällt insgesamt marginal niedriger aus als im Vorjahr aus (8,1 Kinder/1.000 Einwohner).

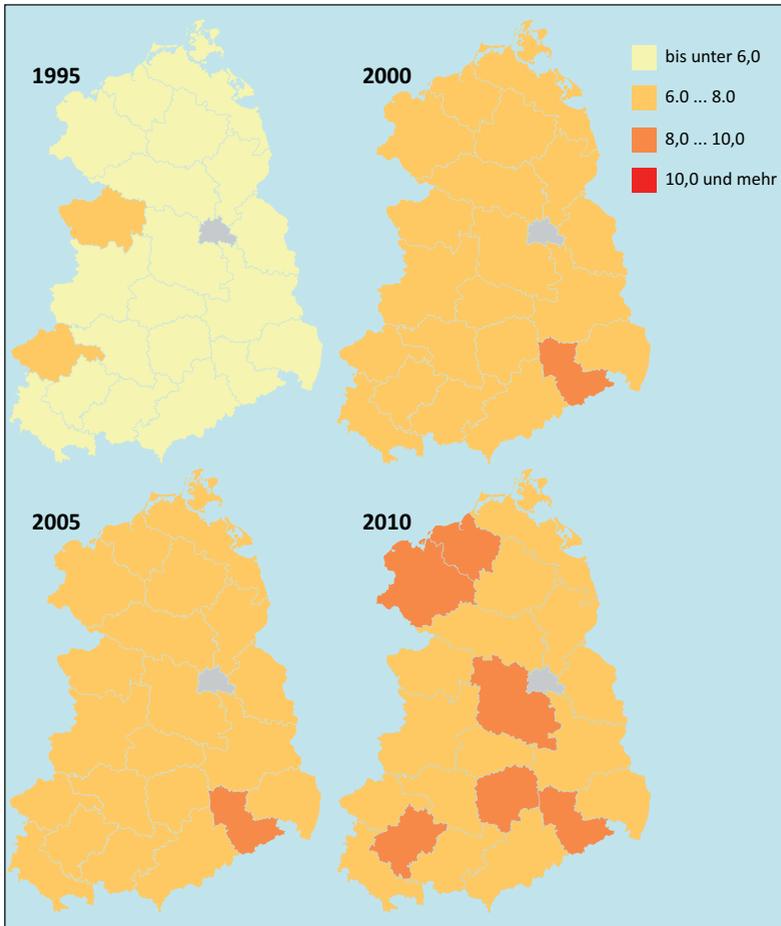
Der Blick auf die Kreisebene aber offenbart ein differenzierteres Bild:

- Anhand zweier Kreise des Landes Brandenburg lässt es sich illustrieren: 2011 konnten in Potsdam 10,5 Geburten pro 1.000 Einwohner verzeichnet werden, im Kreis Spree-Neiße hingegen nur 6,3.
- Für die ostdeutschen Kreise und kreisfreien Städte lassen sich, neben Potsdam und Dresden (11,1), zwei weitere Regionen mit einer zweistelligen Geburtenzahl pro 1.000 Einwohner entdecken: Leipzig (10,3) und Jena (10,5).
- Im unteren Bereich finden sich neben dem Kreis Spree-Neiße noch Suhl (6,0), Greiz (6,3), der Elbe-Elster-Kreis (6,2) und das Altenburger Land (6,1).

Insgesamt werden sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland Unterschiede zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen deutlich. Dabei liegt die Geburtenzahl in den städtischen Räumen Ostdeutschlands seit 2007 höher als in vergleichbaren Regionen der westlichen Bundesländer. (BBSR 2013: INKAR)

Betrachtet man das Alter der Mütter beim ersten Kind, wird zudem deutlich, dass die Kinderplanung in den ostdeutschen Ländern früher einsetzt als in den westlichen. In Sachsen-Anhalt waren 2011 19 von 1.000 Müttern jünger als 20 Jahre alt (2010: 22), in Baden-Württemberg hingegen nur knapp fünf von 1.000 Müttern (2010: 5,5). Dies kann zugleich ein Hinweis auf besonderen Unterstützungsbedarf junger Frauen sein, welche u.U. die Mutterschaft „auch als ‚Flucht‘ aus der Berufsbildung

Übersicht 13: Entwicklung der Geburtenzahlen pro 1.000 Einwohner in ostdeutschen Raumordnungsregionen (1995-2000-2005-2010)



Quelle: BBSR (2013): INKAR

resp. aus dem Ausbildungsverhältnis ... verstehen“ (WissBeirat Familienfragen 2011: 57).

Handlungsfelder und Bedarfslagen

Die seit Jahrzehnten im Schnitt geringen Geburtenraten tragen zu einer schrittweisen Alterung der Gesellschaft bei, mit entsprechenden Folgen für das Sozialsystem und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um jun-

ge Menschen stärker von der Idee der Mehr-Kind-Familie zu überzeugen, stellt sich die Familienfreundlichkeit innerhalb des Gemeinwesens als zentrales Handlungsfeld dar. Dazu zählt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung und Studium. Diese kann u.a. über den Ausbau der Kinderbetreuung oder familienfreundliche Gestaltungen von Arbeits- bzw. Ausbildungszeiten gestärkt werden. Der Mikrozensus 2011 zeigt folgendes Bild zum Erwerbsleben von Familien in Deutschland (StatBA 2012b: 1091f.):

- Mütter schränken ihre Berufstätigkeit zwar immer noch eher ein als Väter, doch insgesamt zeigt sich seit 1996 eine steigende Erwerbstätigenquote bei Müttern und zugleich eine sinkende bei Vätern.
- Mit dem Alter der Kinder steigt die Erwerbsbeteiligung der Mütter.
- Mehr als zwei Drittel (gut 69 %) der aktiv erwerbstätigen Mütter arbeiteten im Jahr 2011 in Teilzeit, wobei eine Steigerung der Teilzeitarbeitsquote zu verzeichnen ist. Diese ist im Osten Deutschlands deutlich geringer (45 %; West: 75 %) und dort zudem eher durch einen Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen begründet.²³
- Wenn beide Partner erwerbstätig sind, dann ist die Vollzeitbeschäftigung des Vaters in Kombination mit einer Teilzeittätigkeit der Mutter das mit Abstand häufigste Arbeitszeitmodell.

In Ostdeutschland zeigt sich eine höhere Bereitschaft, auch bei Elternschaft in Vollzeit zu arbeiten. Insbesondere der berufliche Wiedereinstieg ist, durch das ausgebaute Angebot von (Ganztags-)Betreuung, leichter möglich. Die Verfügbarkeit solcher Einrichtungen kann zur Dämpfung der Abwanderungsneigung junger Menschen im Familiengründungsalter beitragen.

Angesichts der hohen Rate sehr junger Mütter ist für Ostdeutschland anzunehmen, dass es einen gesteigerten Bedarf an Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten gibt, um die Erziehungskompetenz von Eltern zu stärken.

Zudem beeinflusst auch die Verfügbarkeit materieller Ressourcen wesentlich die Entscheidungen zur Familiengründung und die Chancen- und Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sowie deren schulischen Erfolg. Im Jahr 2012 waren 19,7 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung (einschließlich Berlin) von relativer Armut betroffen (Armutgefährdungsquote). Die Armutgefährdungsquote ist ein Indikator

²³ In den westdeutschen Ländern ist eine Teilzeitbeschäftigung vorwiegend durch familiäre oder persönliche Verpflichtungen begründet.

zur Messung relativer Einkommensarmut und wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der gesamtdeutschen Bevölkerung in Privathaushalten beträgt.²⁴ Die ostdeutschen Länder ohne Berlin liegen hier deutlich über dem Wert von 14 Prozent der westdeutschen Länder bzw. dem Bundesdurchschnitt von 15,2 Prozent. (Vgl. Sozialberichterstattung 2013)

Etwa ein Viertel aller Familien in Deutschland sind alleinerziehend, davon der Großteil alleinerziehende Mütter. Dieser Befund erfordert eine Bearbeitung weiterer Bedarfslagen, denn Personen in alleinerziehenden Haushalten sind weit überdurchschnittlich vom Armutsrisiko betroffen: Bei der Differenzierung aller Haushaltstypen sind Haushalte von Alleinerziehenden überdurchschnittlich häufig auf staatliche Unterstützung nach SGB II angewiesen. Mit zunehmender Kinderzahl steigt diese Quote an. Die SGB-II-Quote der Alleinerziehenden mit einem Kind betrug 2012 34,5 Prozent, und bei Alleinerziehenden mit drei oder mehr Kindern sind sogar mehr als zwei Drittel auf solche Leistungen angewiesen. (Vgl. StatBa 2012: 57ff.)

Kinder von Alleinerziehenden und arbeitslosen Eltern sind überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Da die tatsächlich verfügbaren materiellen Ressourcen der Familien die Lebenssituation der Kinder bestimmen, lässt sich argumentieren, dass solche Armutsrisiken gesenkt werden sollten, um die soziale Teilhabe der Nachwachsenden, u.a. an Bildung, zu gewährleisten.

Übersicht 14: Geringe Fertilität – Handlungsfeld und exemplarische Bedarfslagen

Handlungsfeld	Bedarfslagen
Familien- freundlichkeit	Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
	Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern
	Senkung des Armutsrisikos (insbesondere von Alleinerziehenden)
	Dämpfung der Abwanderungsneigung junger Menschen im Familiengründungsalter

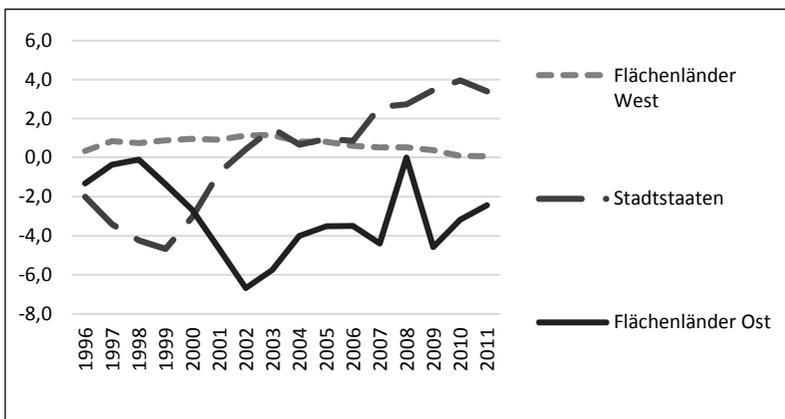
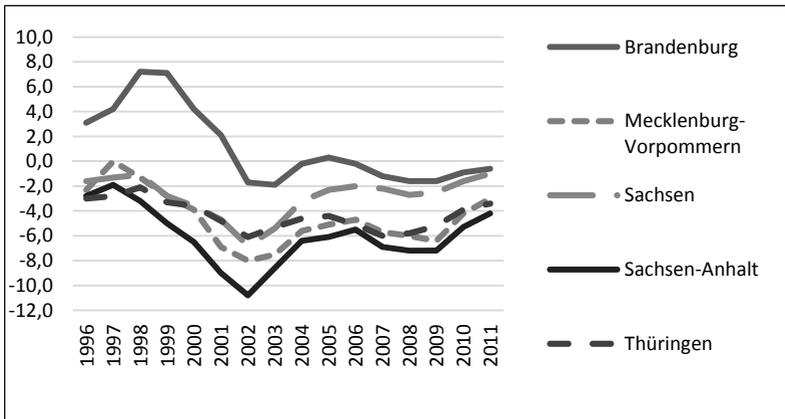
²⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Sozialberichterstattung. Auch unter: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefahrdungsquoten.html> (1.12.2013)

2.1.2 Abwanderungsmobilität

Situation

Neben dem Verhältnis von Fertilität und Mortalität stellt die Wanderungsbilanz eine wichtige Komponente demografischer Veränderungen dar. In Übersicht 15 wird die Binnenwanderungsbilanz von 1995 bis 2010 dargestellt.

Übersicht 15: Wanderungsbilanz der ostdeutschen Bundesländer (1996–2011) in %



Quelle: BBSR (2013): INKAR; eigene Darstellung

Es zeigt sich für die ostdeutschen Länder ein negativer Saldo der Zu- und Wegzüge, d.h. die Zuzüge können die Wegzüge nicht kompensieren. Daher tritt – voraussichtlich auch langfristig – ein Schrumpfungseffekt ein. Betrachtet man die Nettowanderungsgewinne bzw. -verluste 2003 bis 2011 in den ostdeutschen Raumordnungsregionen, so werden starke regionale Differenzen sichtbar:

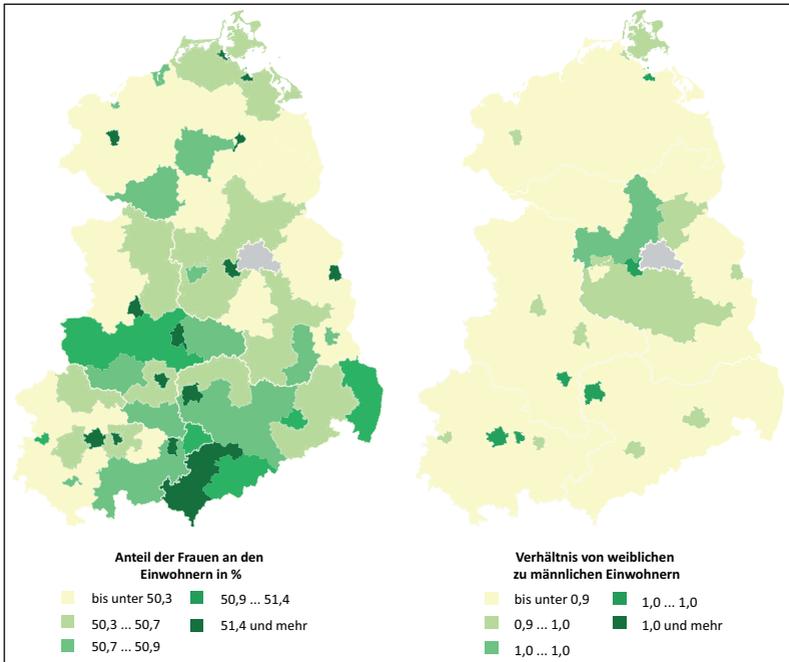
- Nur vier der 21 ostdeutschen Raumordnungsregionen erreichen im Mittel der Jahre 2003 bis 2011 eine positive Wanderungsbilanz.
- Dabei umfassen drei der Raumordnungsregionen ostdeutsche Großstädte mit entsprechenden Wachstumspotenzialen: Potsdam (Havelland-Fläming), Dresden (Oberes Elbtal/Osterzgebirge) und Leipzig (West-sachsen).
- Die positive Wanderungsbilanz in der Raumordnungsregion Prignitz-Oberhavel lässt sich erst mit einem Blick auf die Kreisebene erklären. Dabei wirkt sich die Nähe der Kreise zu Berlin entscheidend aus: Verfügt der Kreis Oberhavel über Nettowanderungsgewinne von 10,6 pro 100 Wanderungsfällen, so verlieren die Kreise Prignitz (−17,3) und Ostprignitz-Ruppin (−9,4).

Ferner ist in diesem Zusammenhang auch eine „Landflucht“ von Frauen im Erwerbsalter zu beobachten, die im Gegenzug zu hohen Frauenanteilen in urbanen Räumen führt. Entsprechend ergeben sich Auswirkungen für die Geschlechterproportionen und die Fertilitätsrate insbesondere in ländlichen Regionen. Dieser Trend ist zwar allgemein zu beobachten, findet jedoch in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg eine besondere Ausprägung. Die stabilsten Frauenanteile in ländlich geprägten Regionen sind in Sachsen und im südlichen Sachsen-Anhalt zu verzeichnen (Übersicht 16 und 17).

Zuwanderung aus dem Ausland kann helfen, den Fachkräftebedarf, bspw. im Gesundheitswesen, zu decken. Zwar gibt es bisher kaum nennenswerte Verdichtungen ausländischer Bevölkerungsanteile in Ostdeutschland. Nimmt man jedoch den insgesamt geringen Ausländeranteil von 2,5 Prozent als Vergleichsmaßstab, so ergeben sich doch sichtbare Unterschiede:

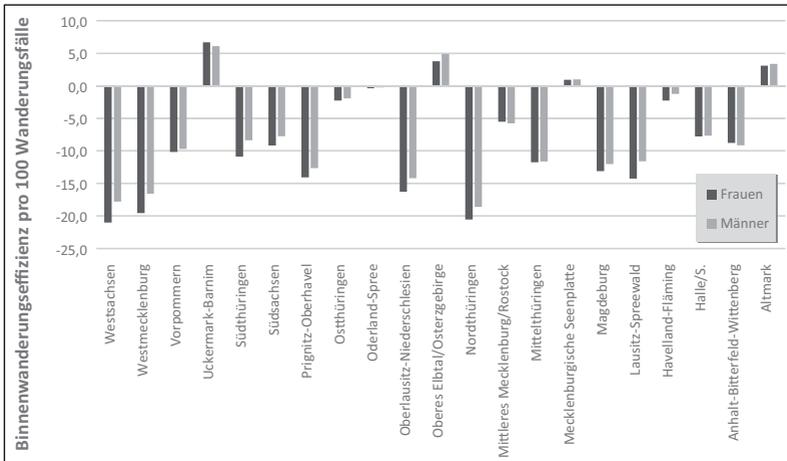
- Anteile von 4,7 Prozent und mehr liegen in den städtischen Räumen Frankfurt (Oder), Potsdam, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Jena (Höchstwert von 6,5 %) vor – allesamt Hochschulstandorte.
- Zwischen 3,7 und 4,6 Prozent beträgt der Ausländeranteil in den Kreisregionen Cottbus, Schwerin, Weimar, Halle (Saale) und Eisenach laut BBSR (2013) (Übersicht 18).

Übersicht 16: Frauenanteil und Geschlechterproportion der 20- bis unter 40-Jährigen (2011)



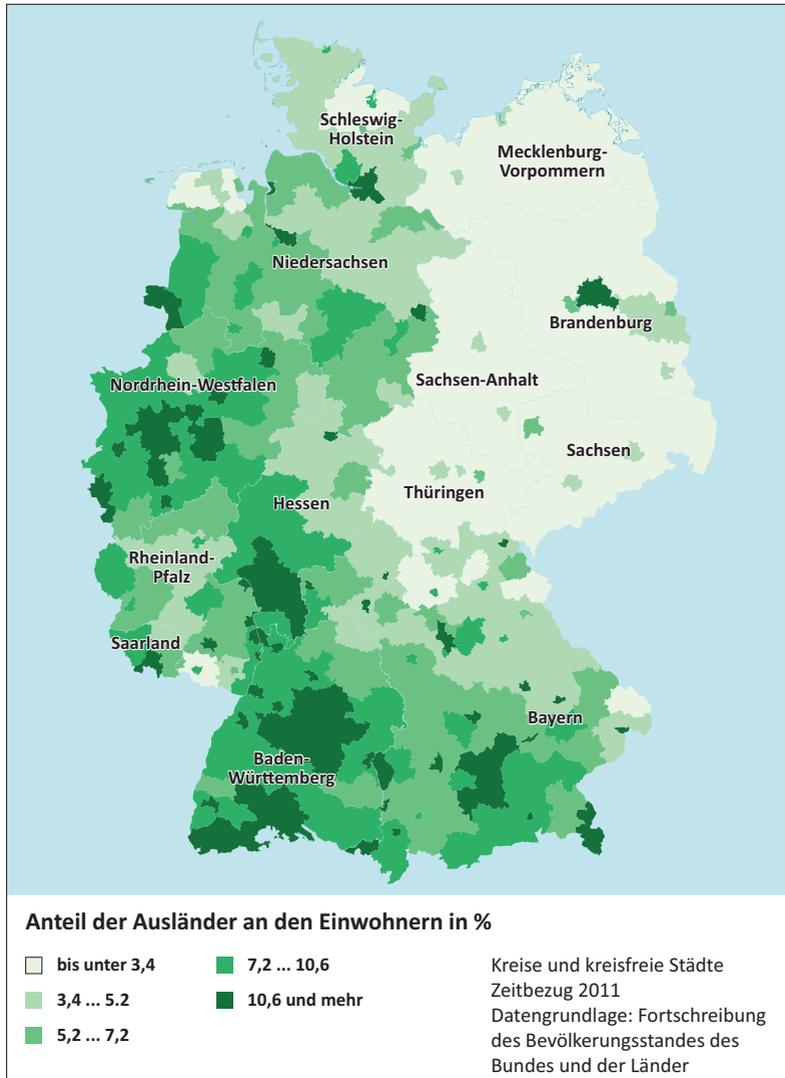
Quelle : BBSR (2013): INKAR

Übersicht 17: Binnenwanderungseffizienz (2003–2011) in den ostdeutschen Raumordnungsregionen



Quelle: BBSR (2013): INKAR; eigene Darstellung

Übersicht 18: Ausländeranteile (2011)



Quelle: BBSR (2013): INKAR

Beachtet werden sollte aber auch, dass sich der Ausländeranteil nur bedingt als Indikator für die Attraktivität eines Standortes für internationalen Zuzug eignet. Vielmehr dürfte die hohe Quote, wie sie in den west-

deutschen Bundesländern besteht, vor allem auf die Einwanderungswellen der ehemaligen Bundesrepublik zurückzuführen sein.

Handlungsfelder und Bedarfslagen

Die Abwanderungsneigung zeigt sich in der Mehrheit der ostdeutschen Raumordnungsregionen. Um ihr entgegenzuwirken, ist es wichtig, regionale Haltefaktoren insbesondere für Frauen und junge Familien zu verbessern. Der Belebung und Attraktivierung eines Standortes kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Eine funktionale Ertüchtigung von Innenstädten mit entsprechendem Wohnraumangebot und Versorgungssicherheit für Familien – aber auch für Senioren – kann dabei ebenso zielführend sein wie starkes zivilgesellschaftliches Engagement der Bürger oder differenzierte Kulturangebote.

Zuwanderung wird als möglicher Ansatzpunkt zur Bewältigung des sich abzeichnenden Fachkräftemangels betrachtet. Dies umfasst einerseits eine innerdeutsche Perspektive mit Zuzügen aus den westdeutschen Bundesländern, andererseits die internationale Zuwanderung. Soll letztere relevanter als bisher werden, ist es wichtig, einen gesellschaftlichen Öffnungsprozess hin zu einer gesellschaftlich verankerten Willkommenskultur zu entwickeln (vgl. z.B. IMAK LSA 2011). Um zudem eine schnelle Integration zu ermöglichen, sind zügige Anerkennungen ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse oder entsprechende Unterstützungen im Anmeldeverfahren, bspw. bei der Anerkennung offizieller Dokumente, hilfreich.

Übersicht 19: Abwanderungsmobilität – Handlungsfelder und exemplarische Bedarfslagen

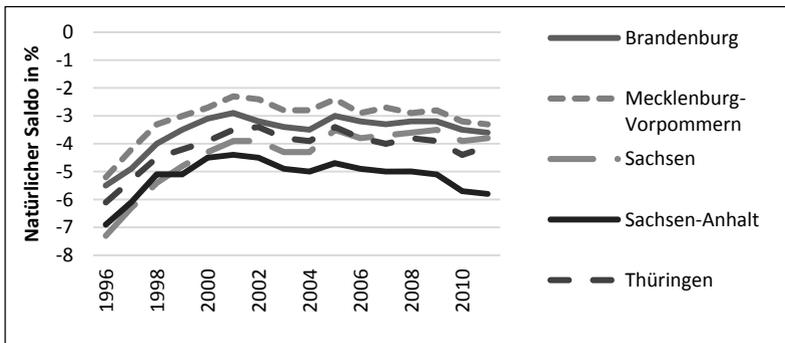
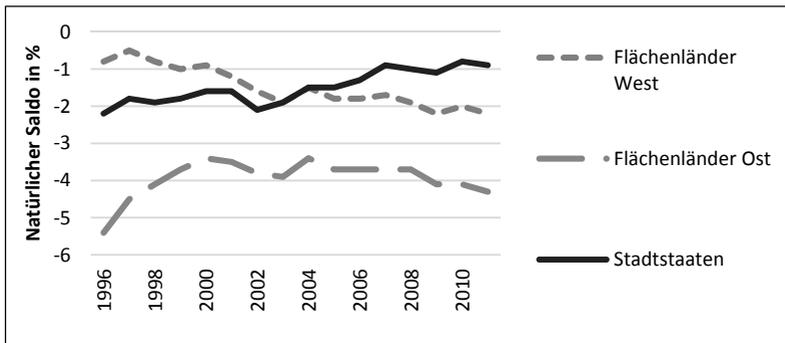
Handlungsfelder	Bedarfslagen
Stärkung regionaler Haltefaktoren	Belebung des Standorts
	Attraktivierung des Standorts
Förderung von Zuwanderung	Überregionale Zuwanderung
	Förderung von Toleranz und Weltoffenheit
	Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen und anderen offiziellen Dokumenten

2.1.3 Alterung der Bevölkerung

Situation

Das Mortalitätsgeschehen ist vor allem durch eine kontinuierliche Verschiebung der Lebensalter nach oben gekennzeichnet. Dies ist eine Entwicklung, die sich mit dem Begriff der „geschenkten Jahre“ fassen lässt, zumal sie einher geht mit vergleichsweise robuster Gesundheit und Aktivitätsneigung (vgl. Leopoldina 2009). Die Erhöhung der Lebenserwartung wirkt sich auf die Altersstruktur der Gesellschaft aus. So stieg die Lebenserwartung in der Bundesrepublik von 1993 bis 2011 bei Männern von 73 auf 78 Jahre und bei Frauen von 79,5 auf 82,8 Jahre (BBSR 2013: INKAR). Im Zusammenhang mit der niedrigen Fertilitätsrate allerdings ergibt sich dadurch auch eine deutliche Alterung der Bevölkerung.

Übersicht 20: Natürlicher Bevölkerungssaldo in den ostdeutschen Bundesländern 1996–2011



Quelle: BBSR (2013): INKAR; eigene Darstellung

Der natürliche Saldo stellt die Differenz der Geborenen und Gestorbenen pro 1.000 Einwohner dar. In Übersicht 20 wird sichtbar, dass dieser für die ostdeutschen Länder negativ verläuft. Im Betrachtungszeitraum von 1995 bis 2010 waren die ostdeutschen Länder nicht in der Lage, ihre Bevölkerungsgröße aus sich selbst heraus stabil zu erhalten.

Dabei weist Sachsen-Anhalt seit 1998 die deutschlandweit schwächste Bilanz auf (2011: $-5,8\%$). Der Fertilitäts-Mortalitäts-Saldo der westdeutschen Flächenländer zeigt zwar ebenfalls eine negative Bilanz, nur sind diese Länder – bis auf das Saarland – weniger stark betroffen. Etwas anders sieht die Situation in den Stadtstaaten aus. Berlin verzeichnet seit 2007, Hamburg im Jahr 2010 einen positiven Saldo der Geborenen und Verstorbenen. Bremen hingegen entwickelt sich diesbezüglich schwächer und bleibt seit 1995 stabil bei einer Negativbilanz (2011: $-3,1\%$).

Insgesamt zeigt sich eine alternde Gesellschaft, wobei die Länder unterschiedlich stark von den Folgen betroffen sind und sein werden. Ein besonders starkes Wachstum der älteren Bevölkerung (ab 60 Jahre) wird beispielsweise in Brandenburg ($+44,2\%$) und Mecklenburg-Vorpommern ($+36,6\%$) erwartet, jeweils bezogen auf den Zeitraum 2009-2030. Dagegen fällt dieses Wachstum im innerostdeutschen Vergleich am geringsten in Sachsen ($+16,8\%$) und Sachsen-Anhalt ($+16,9\%$) aus. Doch auch hier sind regionale Unterschiede zu beobachten: In der Altmark, Westsachsen und Mittelthüringen sind deutlich über dem Landesschnitt gelagerte Zuwachsraten der älteren Bevölkerung zu verzeichnen (BBSR 2012: INKAR).

Handlungsfelder und Bedarfslagen

Die Alterung der Bevölkerung wirkt sich auf verschiedene Bereiche der Lebenswelt aus: So war der Anteil älterer Arbeitnehmer/innen bereits 2010 im Osten Deutschlands jeweils höher als in den westdeutschen Bundesländern (Übersicht 21). Durch die prognostizierte weitere Alterung der Gesellschaft wird sich dies in den kommenden Jahren eher noch verschärfen.

Beschäftigte benötigen folglich Konzepte für ihre Personalentwicklung, darunter auch ein betriebliches Gesundheitsmanagement zur Arbeitsplatzgestaltung für eine sich ändernde Belegschaft (vgl. Sporket 2011: 122). Das betrifft etwa angepasste Angebote in der Arbeitszeitgestaltung oder Wiedereingliederungsmaßnahmen nach längerer Krankheit.

Ebenso ist es wichtig, den Dialog der Generationen für den Wissenstransfer und die soziale Stabilität innerhalb der Gesellschaft zu sichern und auszubauen. Insbesondere Angebote im Sinne des lebenslangen Ler-

nens können dabei einerseits den je individuellen Bildungshorizont erweitern und andererseits soziale Kontakte vielseitiger gestalten.

Übersicht 21: Anteil älterer Arbeitnehmer (2011)



Quelle: BBSR (2013): INKAR

Durch die Erhöhung der Lebenserwartung verändern sich auch die Anforderungen an die medizinische Versorgung. So werden langfristig Alterskrankheiten und die Zahl der Pflegebedürftigen steigen (Thieme 2008: 186, 202), einschließlich der entsprechenden Finanzierungsbedarfe und entsprechender Einrichtungen. Zudem gestaltet es sich als schwierig, medizinisches und Pflegepersonal, insbesondere in ländlichen Regionen, zu gewinnen. Denn diese Fachkräfte wählen ihre Arbeitsorte auch anhand der regionalen Attraktivität.

Die individuelle Mobilität Älterer sinkt mit den Jahren, so dass auch deren außerhäusliches Leben abnimmt. Um ihre soziale Teilhabe und Lebensqualität möglichst lang zu sichern und eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten, werden entsprechende Konzepte in der Wohnraum- und Wohnumfeldgestaltung benötigt. Innerhäuslich ist eine Veränderung der Wohnformen vonnöten. Barrierefreies Wohnen oder alternative Wohn- und Lebenskonzepte im Alter müssen stärker beachtet und gefördert werden (ebd.: 260).

Übersicht 22: Alterung – Handlungsfelder und exemplarische Bedarfslagen

Handlungsfelder	Bedarfslagen
Betriebliches Gesundheitsmanagement	Arbeitsplätze an alternde Belegschaften anpassen
Wohnraum	Alternative Wohnformen/barrierefreies Wohnen ermöglichen
	Wohnortnahe Versorgung gewährleisten
Medizinische Versorgung	Absicherung des medizinisch-pflegerischen Bedarfs
Generationendialog	Schaffung von Angeboten im Sinne des lebenslangen Lernens
Mobilität	ÖPNV-Anbindung sicherstellen

2.2 Regionale Herausforderungen: Handlungsfelder und Bedarfslagen

Zwei politische Ziele sind für die Regionen Ostdeutschlands als zentral definiert: (a) selbsttragende Entwicklungen ab Auslaufen des Solidarpakts II nach dem Jahr 2019 und (b) die Schaffung vergleichbarer Lebensverhältnisse in West und Ost. Um diese Ziele zu erreichen, sind zuvor bestimmte Voraussetzungen zu schaffen: Einerseits ist wirtschaftliche Stabilität in den ostdeutschen Ländern eine Grundvoraussetzung zur Sicherung der Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte. Anderer-

seits geht es um die Sicherstellung gesellschaftlicher Stabilität, nicht zuletzt zur Begrenzung der öffentlichen Ausgaben.

Anspruchsvoll wird dies vor allem dadurch, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels zu bewältigen ist. Das Erreichen wirtschaftlicher Stabilität erfordert – gerade für Regionen ohne Großindustrie – eine Steigerung des Innovationsgeschehens. Die Sicherstellung gesellschaftlicher Stabilität erfordert angesichts des demografischen Wandels eine wirksame Ausweitung sozialer Innovationen, die auf die veränderten sozialräumlichen Bedarfe reagieren.

Ferner muss das politische Ziel „vergleichbare Lebensverhältnisse“ operationalisiert werden, um unrealistische Erwartungen, die von vornherein eine politische Zielverfehlung programmieren würden, zu vermeiden (vgl. MRKO 2009: 11). Zu dieser Operationalisierung bietet es sich an, das Lebensqualitätskonzept zu Grunde zu legen.

Lebensqualität entsteht grundsätzlich aus dem Zusammenspiel vielfältiger Aspekte, die nur in einer Gesamtwürdigung einen Vergleich mit anderen Regionen ermöglichen. (Übersicht 23) Indem die subjektive Dimension der Lebensqualität einbezogen wird, kann auch vermieden werden, dass einzelne regionale Ausstattungskennziffern mehr oder weniger willkürlich herausgegriffen werden,

um mit derart sichtbar werdenden Ausstattungs- oder Entwicklungsungleichheiten nicht vergleichbare Lebensverhältnisse zu belegen.

Die Gesamtbetrachtung der regionalen Ausstattung, Entwicklung und der Chancen für Lebenszufriedenheit lässt es zu, die gegenwärtige Attraktivität und Zukunftsfähigkeit einer Region zu bewerten. Auch kann die Lebensqualität standortentscheidend für Investoren und Fachkräfte wirken. Durch Lebensqualität erzeugter Zuzug bestimmt aber auch die Zusammensetzung und Diversität der lokalen Bevölkerung. Um dieser

Übersicht 23: Dimensionen der Lebensqualität

Lebensqualität entfaltet sich in zwei Dimensionen:

- der *objektiven Lebensqualität*, ausgedrückt in statistisch messbaren Indikatoren für Lebensbedingungen – Klima, Wohnumfeld, Arbeitsplatz, Lebensstandard, Freizeitangebote, Kultur- und Bildungsangebot, medizinische Versorgung und Gesundheitsangebote –, und
- der *subjektiven Lebensqualität* – entstehend durch die individuelle Verarbeitung und Bewertung der objektiven Lebensqualität und beeinflusst durch Faktoren wie soziale Bindungen, Möglichkeiten politischer Mitsprache, Zukunftsbewertung und überindividuelle Aspekte wie Freiheit, Solidarität, soziale und intergenerationale Gerechtigkeit.

gerecht zu werden, bedarf es bspw. einer ausgewogenen regionalen Bildungslandschaft mit einer breiten Angebotsstruktur.

2.2.1 *Wirtschaftliche Stabilität*

Situation

Das Solidarpaketziel der „selbsttragenden Entwicklung“ zielt auf Eigenfinanzierung der Regionen auf der Basis von Wirtschaftstätigkeit. Die Eigenfinanzierung beruht auf angemessener Beschäftigungsquote, Produktivität und Innovation: Wirtschaftliche Stabilität wird insbesondere benötigt, um die Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Wirtschaftliche Stabilität hat eine Steigerung des technisch-technologischen Innovationsgeschehens zur Voraussetzung – nicht zuletzt, um ein vorrangig qualitativ bestimmtes, d.h. zugleich produktivitätssteigerndes und möglichst ressourcenschonendes Wachstum realisieren zu können, das für Regionen ohne Großindustrie Chancen selbsttragender Entwicklungen birgt.

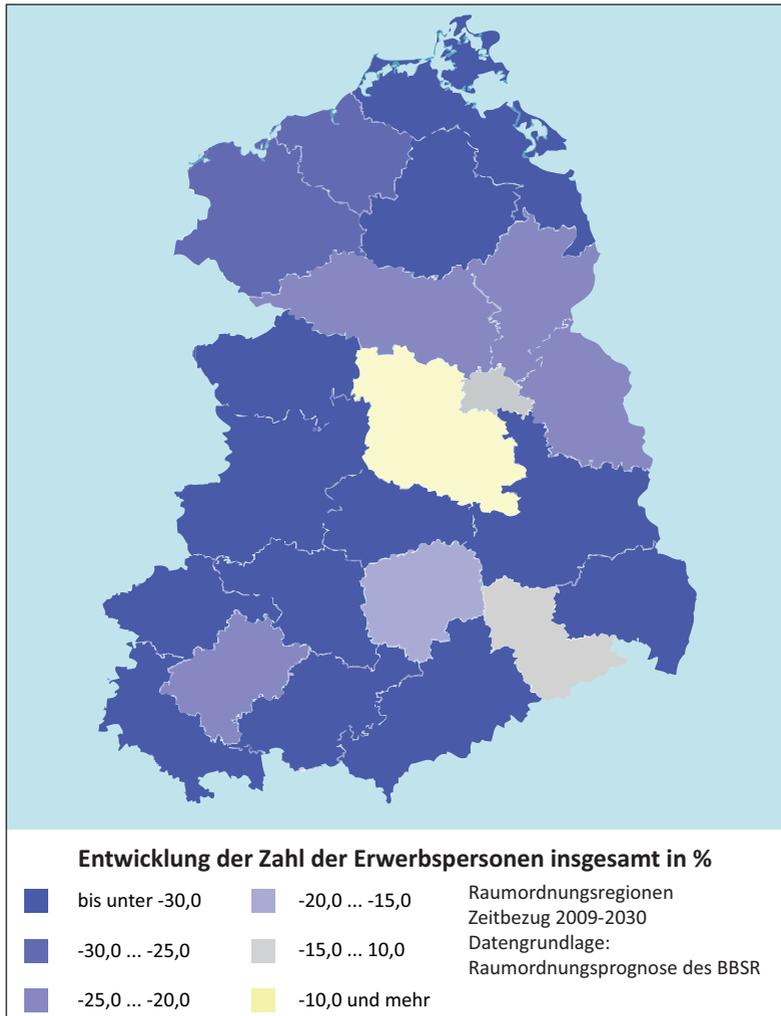
Die amtliche Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt für Juli 2014 mit 9,6 Prozent eine deutlich höhere Arbeitslosenquote in den ostdeutschen als in den westdeutschen (5,9 %) Ländern (BfA 2014). Diese wird sich zwar aufgrund der demografischen Veränderungen in den kommenden Jahren voraussichtlich rückläufig entwickeln. Verbunden mit dem teils sehr starken Einwohnerverlust und der älter werdenden Bevölkerung ist aber zugleich ein Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen zu erwarten. Bis 2030 werden folgende Werte prognostiziert (Übersicht 24):

- In den ROR Mecklenburgische-Seenplatte und Anhalt-Bitterfeld z.B. wird ein Rückgang der Erwerbspersonenzahl um 41,4 Prozent bzw. 40,2 Prozent erwartet.
- Die einzige ostdeutsche Region, für die ein Rückgang im nur einstelligen Bereich prognostiziert wird, ist Havelland-Fläming mit –9,5 Prozent.
- Zwischen einem Minus von 10 und 20 Prozent liegen die Raumordnungsregionen Oberes Elbtal/Osterggebirge (–13,9 %) und Westsachsen (–17,3 %).

Allerdings erwartet auch in Westdeutschland nur den Stadtstaat Hamburg eine positive Erwerbspersonenentwicklung von 2,3 Prozent. Für alle an-

deren westlichen Bundesländer sind Werte von mehr als -10 Prozent prognostiziert. (BBSR 2012: INKAR)

Übersicht 24: Prognose der Erwerbstätigenentwicklung in den Raumordnungsregionen Ostdeutschlands (2009–2030)



Quelle: BBSR (2012): INKAR

Rund 72 Prozent aller Beschäftigten in Ostdeutschland arbeiten im Dienstleistungsbereich (westdeutsche Länder: 68 %) – das heißt: nicht im

Bereich industrieller Fertigung. Eine starke Konzentration im Dienstleistungsbereich ist dabei in den Städten zu verzeichnen, wo überwiegend 85 Prozent oder mehr der Beschäftigten in diesem Sektor tätig sind. Wenig ausgeprägt ist der Dienstleistungsbereich dagegen in den nichtstädtischen Regionen. So sind etwa in den ländlich geprägten Teilen Thüringens 50 Prozent oder weniger der Erwerbstätigen in diesem Sektor tätig. (BBSR 2013: INKAR)

Hinzu kommt, dass das Lohnniveau in Ostdeutschland trotz allmählicher Konvergenz immer noch deutlich hinter Westdeutschland zurücksteht. Die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer pro Jahr lagen 2012 mit 31.305 € bei 81,6 Prozent des westdeutschen Niveaus. (AK VGRdL 2013)

Im Hinblick auf Forschungs- und Entwicklungskapazitäten lässt sich ein innerostdeutsches Nord-Süd-Gefälle ausmachen: Abgesehen von den Standorten Greifswald und Oberhavel befinden sich alle Landkreise mit mehr als 7,3 FuE-Beschäftigten je 1.000 Einwohner südlich von Berlin, insbesondere in Thüringen, Sachsen und im südlichen Sachsen-Anhalt. (BBSR 2013: INKAR)

Den nördlichen Regionen stehen damit nur wenige Ressourcen für Innovationstätigkeiten zur Verfügung – die dann auch wirtschaftlich wirksam werden könnten. Die KMU-geprägte²⁵ Unternehmensstruktur in Ostdeutschland kann zudem aus eigener Kraft nur sehr beschränkt FuE-Kapazitäten aufbauen. Allerdings wird eine zunehmende Kopplung dieser Unternehmen an die regionalen Hochschulen konstatiert. Back/Fürst (2011: 21) begründen diese Verhaltensänderung wie folgt:

- zunehmende Wahrnehmung des hochschulischen Potenzials für KMU-orientierte FuE;
- akademische Professionalisierung im Management erhöhe „die Resonanzfähigkeit der KMU für Hochschulleistungen“;
- verstärkte Bemühungen der Hochschulen, „den Schulterschluss zur Praxis zu intensivieren“.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass entsprechende Kopplungen eher in technologieorientierten Branchen anzutreffen sind und somit keinen Allgemeingültigkeitsanspruch für KMUs überhaupt besitzen. Die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft verharrt anhaltend deutlich unterhalb des westdeutschen Wertes. Sie beträgt 79,4 Prozent des westdeutschen

²⁵ Kleine Unternehmen: Mitarbeiterzahl von unter 10 und einem Jahresumsatz von unter 1 Million €. Mittlere Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl von unter 500 und einem Jahresumsatz von unter 50 Millionen €. (IfM Bonn o.J.)

Niveaus (Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen im Jahr 2012). (AK VGRdL 2013)

Diese Produktivitätsschwäche beeinflusst auch die Einnahmenstruktur der östlichen Bundesländer. Zudem wird die Entwicklung in den nächsten Jahren durch eine Reihe kritischer Veränderungen in den Landeshaushalten gekennzeichnet sein. Deren problematische Wirkungen werden dadurch zugespißt, dass sie innerhalb eines kurzen Zeitfensters alle gemeinsam auftreten.²⁶

Insbesondere betroffen von diesen Veränderungen sind die Kommunen. In Kommunen mit sinkender Bevölkerungszahl ist das absolute Aufkommen an Steuern und Finanzaufwendungen auch dann rückläufig, wenn sich das Volumen der Pro-Kopf-Einnahmen nicht verändert. Entsprechend muss dann das Gesamtausgabenvolumen nach unten angepasst werden. Ebenso bewirkt die Veränderung der Altersstruktur einseitig Minderungseffekte. (Seitz 2010: 2f.)

Handlungsfelder und Bedarfslagen

In den Handlungskonzepten der ostdeutschen Bundesländer zum demografischen Wandel spiegeln sich die Herausforderungen wider (vgl. z.B. IMAK LSA 2011). Die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben abzusichern müsse sowohl über Ausgabenreduzierungen als auch langfristige Einnahmensteigerungen durch die Erhöhung des Steueraufkommens erreicht werden. Insbesondere letzteres bedarf einer stabilen Wirtschaftskraft. Für die Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastrukturen werden Anpassungen benötigt, um die Versorgung bspw. mit Wasser oder Strom auch unter Bedingungen schrumpfender Bevölkerungszahlen wirtschaftlich rentabel zu sichern.

Unter den Bedingungen abschmelzender Erwerbspersonenzahlen und der Abwanderung stellen Innovation und Produktivitätssteigerung ein Handlungsfeld dar, die wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Dabei können Förderprogramme für Innovationsvorhaben ebenso Anreize setzen wie anwendungsorientierte Forschung in Kooperation mit Unternehmen. So werden auch Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte geschaffen, die sonst die Region verlassen würden. Hochschulen und Forschungseinrichtungen kommt eine wesentliche Bedeutung als Innovationsinkubatoren zu. Zudem sind sie auch selbst Wirtschaftsfaktoren in ihren Sitzregionen.

²⁶ Siehe oben A 1.1 Problemstellung und Leitfragen, insbesondere Übersicht 5: Zusätzliche Entwicklungen der ostdeutschen Landesfinanzen

Die regionale Versorgung mit akademischen Fachkräften spielt eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Stabilität einer Region. Dabei stehen nicht nur das Halten bzw. Anziehen von Personal auf der Agenda, sondern auch die Steigerung der Bildungsmöglichkeiten. Für innovationsorientierte Betriebe spielen neben dem klassischen grundständigen Studium auch Weiterbildungsmöglichkeiten eine zunehmende Rolle.

Zudem ist es notwendig, bislang weniger genutzte Potenziale zur Fachkräftesicherung zu erschließen. Die Entwicklung der Regionen hängt von Innovation und damit auch von Menschen – ihren Talenten, ihrer Motivation und ihrem Wissen – ab. Vor diesem Hintergrund gilt es, alle möglichen Potenziale zu erschließen. So kann es zielführend sein, das Potenzial von Personenkreisen mit bislang geringem Erwerbstätigenanteil, bspw. Frauen, Alleinerziehende oder beeinträchtigte Personen, stärker zu nutzen – also deren Erwerbstätigenquote zu erhöhen. Dies wiederum wird leichter gelingen, wenn Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltungen an die spezifischen Bedarfe angepasst sind.

Übersicht 25: Wirtschaftliche Stabilität – Handlungsfelder und exemplarische Bedarfslagen

Handlungsfelder	Bedarfslagen
öffentliche Haushalte	Langfristige Sicherung öffentlicher Haushalte
	Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastrukturen ohne Mehrkosten
Innovation und Produktivitätssteigerung	FuE/Innovationsförderung
regionale Fachkräfterversorgung	Akademische Fachkräfterversorgung
	Steigerung der Erwerbstätigenquote von Frauen, Alleinerziehenden, Behinderten und Zuwanderern

2.2.2 Soziale Stabilität

Situation

Selbsttragende Entwicklungen in den Regionen bedürfen nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der sozialen Stabilität. Diese umfasst politische, demografische und sozialräumliche Stabilität. Sie ist sowohl nötig, um Lebensqualität zu sichern, als auch um die öffentlichen Ausgaben für nachsorgende Problembearbeitungen zu begrenzen. Soll vorbeugende Problemvermeidung statt nachsorgender Problembearbeitung bewerkstelligt werden, sind soziale Innovationen erforderlich – aber durchaus auch

technische und technologische, etwa Assistenzsysteme für Selbstständigkeit im Alter.

Übersicht 26: Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss (2011)



Quelle: BBSR (2013): INKAR

Der Schlüssel für vorbeugende Problemvermeidung ist Bildung und berufliche Qualifikation. Für die Sicherung eines hohen durchschnittlichen Bildungsniveaus der Bevölkerung wie auch der Fachkräfteversorgung ist die Stärkung der Bildungsbeteiligung ein wichtiger Ansatzpunkt. Bisher zeigen sich insbesondere in den östlichen Ländern relativ hohe Anteile an Personen, die ohne einen Schulabschluss in das Erwerbsleben treten – mit entsprechend eingeschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Folgekosten für das Sozialsystem (Übersicht 26). Auch hier divergieren die Zahlen in den Ländern und damit die Betroffenheitsgrade stark:

- In Mecklenburg-Vorpommern (14,2 %) und Sachsen-Anhalt (12,4 %) sind die höchsten Anteile von Schulabgängern ohne Abschluss im gesamten Bundesgebiet zu finden.
- Den geringsten Anteil im Osten Deutschlands verzeichnet Brandenburg (8,6 %), gesamtdeutsch ist es Bayern mit 4,1 Prozent. (BBSR 2013: INKAR).

Auch bei den Abiturienten bestehen auffällige Unterschiede. In Sachsen-Anhalt 2011 verfügt mit 27,9 Prozent der geringste Anteil unter den ostdeutschen Schulabgängern über die Allgemeine Hochschulreife. Dagegen weist Brandenburg diesbezüglich mit 40,7 Prozent den fünfthöchsten Anteil in der Bundesrepublik auf. Da das Abitur bisher den Hauptzugangsweg für ein Hochschulstudium darstellt, kann dies auch als Indikator für das regionale Potenzial an akademischen Fachkräften gelesen werden.

Bildung muss jedoch, wie andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge, auch finanziert werden. Die oben beschriebenen Veränderungen der Einnahmenstruktur der

Landeshaushalte und die im Vergleich geringere Wirtschaftsleistung erschweren die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Regionen. Betrachtet man den Anteil der ostdeutschen Flächenländer am deutschen Bruttoinlandsprodukt, so zeigt sich: Sie tragen nur 11,1 Prozent bei, während in ihnen 16 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung lebt (Übersicht 27). Diese geschwächte Wirtschaftskraft

Übersicht 27: Anteile am Bruttoinlandsprodukt

Bundesland	Anteil am BIP (2012) in %
Brandenburg	2,2
Mecklenb.-Vorpommern	1,4
Sachsen	3,7
Sachsen-Anhalt	2,0
Thüringen	1,9
Ostdeutschland (ohne B)	11,1
Westdeutschland (ohne B)	85

Quelle: StatBA (2013: Tabelle 1.1)

wirkt sich auch auf das soziale Leben insbesondere in den Kommunen aus.

Die kommunalen Einnahmen sind sowohl bevölkerungsgebunden als auch konjunkturabhängig. Sie setzen sich zusammen aus Steuern, Zuweisungen und erhobenen Gebühren. Eigener Spielraum hinsichtlich der Einnahmehöhen ist nur bei den eigenen Steuern sowie den Gebühren gegeben – die verbliebene Stellschraube der Kämmerer. Bei schwindenden kommunalen Haushalten stehen vor allem die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben unter ständigem Finanzierungsvorbehalt.

Bei der Betrachtung der Kommunalverfassungen der ostdeutschen Länder wird deutlich, dass diese in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen den Kommunen sehr konkret kommunale Aufgaben zuweisen. Jedoch gibt es weder einen einheitlichen Aufgabenkatalog, noch werden Teilbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge fixiert: „Bis heute existiert für den Begriff der Daseinsvorsorge weder eine Legaldefinition, noch ist sein Inhalt abschließend bestimmbar.“ (Neu 2009: 10)

Allerdings zählen zentrale Bereiche der kommunalen Lebensqualität und der sog. weichen Standortfaktoren zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen. Sie sind folglich abhängig von Wirtschaftskraft, kommunaler Struktur und auch dem politischen Willen, bestimmte Bereiche gezielt zu entwickeln.

Handlungsfelder und Bedarfslagen

Insbesondere die Sicherstellung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge stellt eine Herausforderung für demografisch geschwächte Regionen dar. In den Handlungskonzepten der Länder (z.B. IMAK LSA 2011) sind die folgenden Bereiche zentral:

- öffentlicher Personennahverkehr und Verkehrswegeplanung,
- Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung,
- Breitbandanbindung,
- zukunftsfeste Struktur von Polizei, Justiz, Feuerwehr, Katastrophenschutz sowie öffentlicher Verwaltung.

Insbesondere in ländlichen und dünn besiedelten Regionen existieren in diesen Bereichen Herausforderungen zur Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Durch die Abwanderung wird die Unterhaltung von öffentlichen Infrastrukturen pro-Kopf-bezogen teurer und unrentabler. Anpassungen oder gar Wegfall infolge Nichtfinanzierbarkeit sind mögliche Folgen (Seitz 2010: 3).

Übersicht 28: Beispiele kommunaler Selbstverwaltungsaufgaben

Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben	Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben
<ul style="list-style-type: none">• Schulentwicklung• Kindergärten• Wasser- und Abwasser• Abfallbeseitigung• Jugend- und Sozialhilfe• Gewässerschutz• Straßenbau• Bauleitplanung• Personennahverkehr	<ul style="list-style-type: none">• Büchereien• Theater• Museen• Wirtschaftsförderung• Sport• Musikschulen• Grünanlagen• Jugendhäuser• Vereinsförderung

Die Sicherstellung öffentlicher Handlungsfähigkeit bedarf entsprechender Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Um insbesondere die Beschäftigung und das Innovationspotenzial zu sichern, ist es vor allem wichtig, allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Dabei seien, so die Handlungskonzepte der Länder, die verschiedenen Ansätze des lebenslangen Lernens einzubeziehen. Das betrifft

- die frühkindliche Bildung,
- eine an die demografisch veränderte Gesellschaft angepasste Schulpolitik und Schulnetzplanung,
- die erhöhte Durchlässigkeit zwischen Bildungsstufen,
- Weiterbildungsangebote für Erwerbstätige sowie Bildungsstellen für die ältere Bevölkerung,
- die Öffnung der Hochschulen für nichttraditionelle Studierende, neue Studienformen, z.B. duale Ausbildung, bei gleichzeitiger Vereinbarkeit mit Beruf und Familie.

Zur Sicherung der sozialen Teilhabe kann die stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure ebenso zielführend sein wie die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Hohe Teilhabemöglichkeiten der Bürger/innen auf der kommunalen Ebene können gerade in demografisch herausgeforderten Regionen als Chance sozialer Lebendigkeit genutzt werden.²⁷ Die Stärkung der Zivilgesellschaft fördert nicht nur die lokale De-

²⁷ So hat die Stadt Chemnitz – zunächst als Modellversuch bis 2014 – mittels eines Bürgerhaushalts den Bewohnern die Möglichkeit gegeben, gezielt Themen bei der

mokratie, sondern kann auch lösungsorientierte Problembearbeitungen begünstigen.

Übersicht 29: Soziale Stabilität – Handlungsfelder und exemplarische Bedarfslagen

Handlungsfelder	Bedarfslagen
öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge	Sicherung der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur
	Sicherung der medizinischen Versorgung
	Absicherung des ÖPNV und der Verkehrswege
	Sicherstellung der Ver- und Entsorgung (Wasser, Abwasser, Energie)
	Breitbandanbindung gewährleisten
	Feuerwehr und Katastrophenschutz, Polizei und Justiz zukunftsfähig gestalten
	Verwaltungsmodernisierung
Erhöhung von Bildungschancen	Sicherung der Kulturlandschaft
	Zukunftsfähige Gestaltung der schulischen Bildungslandschaft
	Erhöhung der Durchlässigkeit von Bildungsabschlüssen
Stärkung der Zivilgesellschaft	Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen
	Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure
	Einbindung unterschiedlicher Milieus

Kommune nachzufragen und Entscheidungen direkt zu beeinflussen, wie 2012 das Projekt „Schulhausbauprogramm“: www.buergerhaushalt.chemnitz.de (27.3.2013).

Justus Henke / Peer Pasternack / Steffen Zierold
(Hrsg.)

Schaltzentralen der Regionalentwicklung

Hochschulen in Schrumpfungsräumen

AVA
Akademische Verlagsanstalt

Institut für Hochschulforschung an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (HoF)



Justus Henke | Peer Pasternack | Steffen Zierold (Hg.)

Schaltzentralen der Regionalentwicklung. Hochschulen in Schrumpfsregionen

**Justus Henke | Peer Pasternack | Steffen Zierold
(Hrsg.)**

**Schaltzentralen der Regionalentwicklung
Hochschulen in Schrumpfsregionen**

AVA – Akademische Verlagsanstalt
Leipzig 2015

Die Publikation fasst die Ergebnisse zweier Projekte zusammen: des im Förderprogramm „Wissenschaftsökonomie“ geförderten HoF-Teilprojekts des Verbundvorhabens „Hochschulstrategien für Beiträge zur Regionalentwicklung unter Bedingungen demografischen Wandels (RegDemo)“ (Fallregionenanalysen) sowie der Untersuchung „Demographische Entwicklung und Perspektiven ostdeutscher Hochschulen (OstHoch)“ (ostdeutschlandbezogene Komplettanalyse). RegDemo wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01PW11011 gefördert. OstHoch wurde im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer unter der Ausschreibungs-Nr. B1.19-0214/12/VV:1 durchgeführt. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den AutorInnen.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Die Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer

Reihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“

AVA – Akademische Verlagsanstalt Leipzig 2015

© Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg (HoF)
Collegienstraße 62, 06886 Lutherstadt Wittenberg,
institut@hof.uni-halle.de, <http://www.hof.uni-halle.de>

Druck: Osiris-Druck Leipzig
Umschlag: Volker Hopfner, Radebeul

ISBN 978-3-931982-93-5

Inhaltsübersicht

Zentrale Ergebnisse	11
A Ausgangssituation: Hochschulen und der demografische Wandel....	17
1. Problem und Vorgehen.....	19
2. Problemlagen in den demografisch herausgeforderten Regionen Ostdeutschlands.....	51
B Empirische Ergebnisse: Wie Hochschulen auf demografische und regionale Herausforderungen reagieren	77
1. Verortung der Hochschulen im demografischen Wandel: Herausforderungen, Wahrnehmungen und Aktivitäten	79
2. Vollerhebung Ost: Aktivitäten und Aktivitätsprofile der Hochschulen	110
3. Tiefensondierung: Ost- und westdeutsche Fallbeispiele im Vergleich	164
C Auswertung: Interaktionen, Hemmnisse, Lösungen	239
1. Hindernisse und Risikofaktoren	241
2. Lösungsansätze und Erfolgsfaktoren.....	252
3. Modell regionalen Hochschulhandelns	274
4. Fazit.....	290

Inhaltsverzeichnis

Zentrale Ergebnisse	11
A Ausgangssituation: Hochschulen und der demografische Wandel	17
1 Problem und Vorgehen (<i>Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold</i>).....	19
1.1 Problemstellung und Leitfragen	19
1.2 Auswertungsmodell	31
1.3 Datengrundlagen und -zugänge.....	34
1.3.1 Vollerhebung ostdeutsche Hochschulen	34
Dokumentenanalyse und Internetrecherche (34). Schriftliche Befragung (35)	
1.3.2 Meta-Auswertung: Aufbau-Ost-Gutachten.....	38
1.3.3 Experteninterviews und Expertenworkshops.....	40
Interviews (40). Workshops (45)	
1.3.4 Fallstudien	46
2 Problemlagen in den demografisch herausgeforderten Regionen Ostdeutschlands (<i>Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold unt. Mitarb. v. Romy Höhne und Sebastian Schneider</i>).....	51
2.1 Demografische Herausforderungen: Handlungsfelder und Bedarfslagen	51
2.1.1 Geringe Fertilität	52
Situation (52). Handlungsfelder und Bedarfslagen (53)	
2.1.2 Abwanderungsmobilität.....	56
Situation (56). Handlungsfelder und Bedarfslagen (60)	
2.1.3 Alterung der Bevölkerung	61
Situation (61). Handlungsfelder und Bedarfslagen (62)	
2.2 Regionale Herausforderungen: Handlungsfelder und Bedarfslagen.....	64
2.2.1 Wirtschaftliche Stabilität	66
Situation (66). Handlungsfelder und Bedarfslagen (69)	
2.2.2 Soziale Stabilität.....	70
Situation (70). Handlungsfelder und Bedarfslagen (73)	

B	Empirische Ergebnisse: Wie Hochschulen auf demografische und regionale Herausforderungen reagieren	77
1	Verortung der Hochschulen im demografischen Wandel: Herausforderungen, Wahrnehmungen und Aktivitäten <i>(Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider)</i>	79
1.1	Herausforderungen und hochschulische Handlungsoptionen.....	79
1.1.1	Geringe Fertilität	81
1.1.2	Alterung der Bevölkerung	84
1.1.3	Abwanderungsmobilität.....	86
1.1.4	Wirtschaftliche Stabilität	88
1.1.5	Soziale Stabilität.....	89
1.2	Selbst- und Fremdbilder der Hochschulen im Hinblick auf ihre Rolle in der schrumpfenden Region.....	91
1.2.1	Selbstbilder der Hochschulen	91
1.2.2	Die Sicht auf die Rolle der Hochschulen in der und für die Region.....	94
1.2.3	Bedeutung demografischer Herausforderungen für die Hochschulen	95
1.2.4	Meta-Auswertung: Aufbau-Ost-Studien.....	101
	Die zentralen Zusammenhangsannahmen (101). Gutachtliche Handlungsempfehlungen (103)	
2	Vollerhebung Ost: Aktivitäten und Aktivitätsprofile der Hochschulen <i>(Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider)</i>	110
2.1	Hochschulische Maßnahmen im Umgang mit dem demografischen Wandel: Bedarfslagen und Adressierung der Aktivitäten	110
2.1.1	Hochschulische Maßnahmen und regionale Bedarfslagen.....	110
	Adressierung von Herausforderungen, Handlungsfeldern und Bedarfslagen (110). Häufige Maßnahmen der Hochschulen (120)	
2.1.2	Hochschulartenspezifische Bedarfsadressierung	127
2.1.3	Regionenspezifische Bedarfsadressierung.....	129
	Schrumpfungsregionen (130). Bundesländer (131)	
2.2	Maßnahmen zur Erschließung weiterer Finanzierungsquellen.....	134
2.3	Maßnahmen zur Einbindung der Studierenden	137
2.4	Organisation, Kommunikation und Potenziale.....	141
2.4.1	Auslöser für Kooperationsprojekte und gesellschaftsbezogenes Hochschulengagement	141
2.4.2	Demografie und Region als Themen der verschiedenen Ebenen der Hochschulplanung.....	145

2.4.3	Kooperationspartner und -formen.....	147
2.4.4	Ansprüche der externen Akteure an die Hochschulen	152
	Hochschullehre (152). Forschung und Transfer (154). Sozial- räumliche Wirkungen (155). Resümee (157)	
2.4.5	Regionale Bedarfslagen und unausgeschöpfte Potenziale der Hochschulen	157
2.4.6	Anpassungsstrategien	161
3	Tiefensondierung: Ost- und westdeutsche Fallbeispiele im Vergleich (<i>Peer Pasternack, Sebastian Schneider, Steffen Zierold unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Romy Höhne, Tim Hutschenreuter, Benjamin Köhler, Isabell Maue und Sarah Schmid</i>)	164
3.1	Die Fallregionen.....	164
3.2	Regionale Problemlagen und programmatische Reaktionen	166
3.2.1	Fertilität – Mobilität – Mortalität.....	166
3.2.2	Wirtschaftliche Entwicklung, Forschung und Innovationsgeschehen.....	169
3.2.3	Sozial- und kulturräumliche Entwicklungen.....	177
3.2.4	Resümee: Regionalstrategische Differenzierungen	180
	Gemeinsamkeiten (180). Ähnlichkeiten (182). Unterschiede (183). Gesamtbewertung (184)	
3.3	Regionale Problemlagen und tatsächliche Reaktionen: Hochschule-Region-Interaktionen.....	186
3.3.1	Hochschule-Region-Interaktionen	186
3.3.2	Regionale Interaktionsprofile: Modell.....	187
3.3.3	Der Interaktionsknoten Hochschule.....	193
3.3.4	Ökonomische und nichtökonomische Interaktionen	200
3.3.5	Regionale Interaktionsgeflechte im Vergleich.....	203
3.3.6	Bearbeitete Herausforderungen und Handlungsfelder	208
3.3.7	Interaktionsqualitäten	214
3.3.8	Wissensformate – Gegenstand und Ergebnis der Interaktionen	216
3.4	Programmatischen und Aktivitäten im Vergleich.....	219
3.4.1	Haltefaktoren und Zuwanderung	219
3.4.2	Wirtschaftliche Entwicklung	220
3.4.3	Soziale und kulturelle Bereiche	221
3.4.4	Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	222
3.5	Die Perspektiven der Akteure	226
3.5.1	Demografiebezogenes Problembewusstsein	226
3.5.2	Hochschulbeiträge zur regionalen Wirtschaftsentwicklung.....	227

3.5.3	Kooperationsbedingungen und sozialräumliche Hochschulwirkungen	234
3.5.4	Resümee	236
C	Auswertung: Interaktionen, Hemmnisse, Lösungen	239
1	Hindernisse und Risikofaktoren (<i>Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider, Steffen Zierold</i>)	241
1.1	Häufig auftretende Umsetzungshemmnisse	241
1.2	Rechtliche Restriktionen	244
1.3	Zielkonflikte	246
2	Lösungsansätze und Erfolgsfaktoren (<i>Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider, Steffen Zierold</i>)	252
2.1	Geeignete Anreize für gesellschaftsbezogenes Engagement	252
2.2	Geplante Aktivitäten der Hochschulen	253
2.3	Pläne der Hochschulen zur Erschließung neuer Finanzierungsquellen	255
2.4	Umsetzungsbedingungen und Erfolgsfaktoren	258
2.5	Zusammenspiel der Akteure	261
2.6	Toolbox zur Gestaltung und Umsetzung von Entwicklungsstrategien	265
2.6.1	Geeignete Entwicklungsstrategien für Hochschulprofile	265
2.6.2	Chancen, Risiken, Hindernisse und Erfolgsfaktoren von Entwicklungsstrategien	266
2.6.3	Kopplungsfähigkeit von Strategien	268
2.6.4	Eignung von Instrumenten für Entwicklungsstrategien	270
3	Modell regionalen Hochschulhandelns (<i>Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold</i>)	274
3.1	Rahmenbedingungen: Voraussetzungen und Ressourcen	276
3.2	Programmierung: Problem- und Zieldefinitionen, Handlungsprogramm	281
3.3	Implementation: Strategisch handeln und mit Abweichungen rechnen	284
3.4	Ergebnisse: Effekte wahrnehmen und kommunizieren	286
3.5	Auswertung: Neuprogrammierung vorbereiten	288
4	Fazit (<i>Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold</i>)	290
4.1	Aktivitäten	291
4.2	Problemwahrnehmungen	295
4.3	Kooperationen	297
4.4	Kommunikation	299
4.5	Strategien	302

Verzeichnis der Übersichten	305
Literatur	309
Autoren und Mitwirkende	314
Anhang	315